

## Kurz & Bündig: Fragen und Antworten zum BREXIT

### Was folgt aus dem mehrheitlichen Ja zu einem EU-Austritt Großbritanniens beim Referendum am 23.Juni?

Knapp 52 Prozent der britischen BürgerInnen haben sich gegen einen Verbleib ihres Landes in der Europäischen Union ausgesprochen. Damit wird völliges Neuland beschritten. Zum ersten Mal in der EU-Geschichte wird ein Mitgliedstaat den Austritt aus der Gemeinschaft anstreben – ein **Szenario, dessen Folgen heute noch kaum absehbar sind**.

Fest steht: Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs würde die EU ihre zweitgrößte Volkswirtschaft und den viertgrößten Nettozahler verlieren. Knapp 10 Prozent der Bevölkerung ginge verloren. Großbritannien riskiert wirtschaftliche und politische Stabilität sowie einen erschwerten Zugang zum europäischen Binnenmarkt und nimmt verringertes Wachstum und Wohlstandsverlust in Kauf.

Die Trennung muss nun nach einem klaren und fairen **Fahrplan** vollzogen werden. Dazu gibt der **EU-Vertrag** in einem eigenen Artikel die Richtlinie vor:

- Zuallererst ist festzuhalten: Das – verfassungsrechtlich nicht bindende – Referendum alleine hat noch keine unmittelbaren rechtlichen Folgen: **UK bleibt vorerst ein Mitgliedstaat der EU**, mit allen Rechten und Pflichten.
- Die Regierung Großbritanniens muss aus eigenen Stücken einen entsprechenden **Antrag in den EU-Ministerrat** einbringen. Erst dann können die Verhandlungen über die Bedingungen des Austritts starten.
- Im Rahmen dieser **Austrittsverhandlungen** würde auch das Verhältnis der EU zum dann neuen „Drittstaat“ Großbritannien definiert werden. Darüber hinaus ist EU-intern eine Vielzahl von institutionellen sowie verfahrenstechnischen Fragen zu klären.
- Der **Austrittsvertrag** müsste dann eine sog. qualifizierte Mehrheit (mehr als 2/3) der Stimmen der Mitgliedstaaten im EU-Ministerrat und die Zustimmung des EU-Parlaments erhalten.
- Der EU-Vertrag sieht zudem eine Regelung für den Fall vor, dass ab Beantragung eines Austrittsgesuches innerhalb von zwei Jahren nicht alle Fragen geregelt werden können. Dann erlischt die Gültigkeit der EU-Verträge jedenfalls. Allerdings ist die Möglichkeit vorgesehen, dass die Verhandlungsfrist in beiderseitigem Einvernehmen verlängert werden kann.

### Welche Optionen hinsichtlich des künftigen Verhältnisses zwischen der EU und Großbritannien stehen im Raum?

Großbritannien muss sich – um die wirtschaftlichen Konsequenzen möglichst gering zu halten – rasch festlegen, welchen Weg es nun einschlagen will.

- Wird es wie etwa Norwegen, Island oder Liechtenstein um eine **Rückkehr in die EFTA** und somit um eine Mitgliedschaft im EWR ansuchen?
- Wird es wie die Schweiz **bilaterale Abkommen** mit der EU anstreben?
- Wird eine **Zollunion** mit einem weitreichenden Assoziierungsabkommen, etwa nach dem Vorbild der Türkei, ein Modell für eine künftige wirtschaftliche Anbindung an die EU sein?
- Oder wird das handelspolitische Gerüst der Welthandelsorganisation (WTO) als Basis für die künftigen wirtschaftspolitischen Verflechtungen mit der EU erhalten, und somit ein **Freihandelsabkommen EU-Großbritannien** (inkl. Regelungen zum Investorenschutz) auszuhandeln sein?

Einige Modelle – wie etwa das Modell Norwegen oder das Modell Schweiz – scheinen wenig realistisch. Damit würde Großbritannien im Gegenzug zum Marktzugang weiterhin an viele der von den Brexit-KämpferInnen so kritisierten Verpflichtungen (wie etwa die ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit) gebunden bleiben und auch Zahlungen in den EU-Haushalt leisten müssen.

- Es ist davon auszugehen, dass es nicht zu einem völligen Bruch v.a. der **wirtschaftlichen Verbindungen mit der EU** kommen wird. Völlig unklar ist jedoch, „wohin die Reise“ gehen wird.
- Die innenpolitische Auseinandersetzung darüber hat bereits begonnen und es ist keinesfalls unwahrscheinlich, dass darüber letztlich in einer vorgezogenen Wahl Ende 2016 bzw. zu Beginn des nächsten Jahres entschieden wird.
- Auch das **Parlament** in London hat noch ein gehöriges Wort mitzusprechen, wird es doch mit ziemlicher Sicherheit bei den Vorgaben zu den Verhandlungen stark eingebunden sein, da es ja letztlich dem ausverhandelten Modell zustimmen muss.

#### Mit welchen weiterreichenden Folgen ist für Großbritannien und die EU zu rechnen?

In jedem Fall stehen dem Vereinigten Königreich stürmische Zeiten bevor.

- **Sonderbehandlungen**, wie es die britischen BürgerInnen bisher gewohnt waren, werden nur schwerlich wiederzuerlangen sein.
- London könnte zudem auch selbst noch in weitere **Austrittsverhandlungen** gezogen werden, wenn es etwa in **Schottland** zu einem neuen Unabhängigkeitsreferendum bzw. in **Nordirland** zu einem Votum für eine Wiedervereinigung mit der Republik Irland käme. Schließlich hat sowohl in Schottland wie auch in Nordirland eine deutliche Mehrheit für den Verbleib in der EU gestimmt.

Aber auch der **Europäischen Union** selbst bleiben mit dem Brexit-Votum ehrliche Einsichten und entschlossene Schritte nicht erspart.

- So gilt es einer drohenden **Austrittsdynamik** in anderen Mitgliedsländern entgegenzuwirken und sich europäischen Grundsatzdebatten zu stellen.
- Eigentlich ist allen klar, dass bei aller – auch berechtigten Kritik an der bestehenden EU-Politik – in vielen Fragen der viel zitierte Weg zurück zu nationalstaatlichen Lösungen angesichts der zunehmenden Globalisierung und weltweiten Vernetzung eine Sackgasse ist.
- Das gilt in besonderem Maß für kleine bis mittelgroße Länder wie Österreich.
- Das Brexit-Votum muss jedenfalls für alle politisch Verantwortlichen in Europa ein Weckruf sein: Die Politik – auf nationaler wie EU-Ebene – ist dringend gefordert, **tragfähige europäische Antworten und Lösungsstrategien** entgegenzustellen. Fragt sich nur in welche Richtung.

#### Was sagen die britischen Gewerkschaften zu diesem mehrheitlichen JA zum EU-Austritt?

Die überwiegende Anzahl der Gewerkschaften in UK wie auch der Gewerkschaftsdachverband TUC haben sich nach internen Debatten im Vorfeld zum Referendum zu einem Verbleib Großbritanniens in der EU ausgesprochen. Es war jedoch vor allem ein „**kritisches JA**“ zu einer EU, die sich massiv zu einer sozialen EU verändern muss.

Ohne die **Aufklärungsarbeit und die Kampagne der Gewerkschaften** in den letzten Monaten wäre das Ergebnis des Referendums mit Sicherheit noch ganz anders ausgefallen, da es gerade in der britischen ArbeitnehmerInnenschaft traditionell eine sehr gesplante Meinung zur EU gibt und dementsprechend sehr viel Skepsis vorherrschte.

Für die britischen Gewerkschaften geht es jetzt in erster Linie darum zu verhindern, dass der Brexit nicht zu **Verschlechterungen für die ArbeitnehmerInnen** führt und sie nicht „die Zeche zahlen müssen“. Kein leichtes Unterfangen, herrscht doch aktuell völlige Unsicherheit über die wirtschaftlichen Folgen, das Land ist gespalten wie nie: in allen politischen Lagern, so auch innerhalb der Gewerkschaften.

Das Risiko ist vorhanden: Die Beendigung der EU-Mitgliedschaft könnte für die ArbeitnehmerInnen handfeste Folgen haben. Bereits im Vorfeld zur Brexit-Abstimmung haben die UK-Gewerkschaften auf die möglichen Gefahren eines EU-Austrittes hingewiesen:

- So wären **Millionen Jobs in Gefahr**, die direkt an der Exportwirtschaft hängen – sowohl in Großbritannien selbst, als auch in den EU-Mitgliedstaaten, die wirtschaftlich stark mit UK verbunden sind.
- Die Gewerkschaften befürchten zudem eine **Aushöhlung von ArbeitnehmerInnen-Rechten**. Laut britischem Gewerkschaftsbund TUC (Trades Union Congress) müsste eine Million britischer Angestellter jetzt mit deutlich längeren Arbeitszeiten rechnen.
- Wichtige **grundlegende Arbeitsrechte sind über die EU-Ebene durchgesetzt** worden. Fällt die Geltung von EU-Recht weg, droht die Gefahr, dass konservative und liberale Kräfte sich wieder großer Teile dieser Sozial- und Arbeitsrechte entledigen.

So wurden etwa der **bezahlte Jahresurlaub**, die **Begrenzung der Arbeitszeit**, **Lohnleichheit**, **Elternzeit**, **Arbeitsplatzsicherheit** und **faire Bedingungen für Teilzeitkräfte und LeiharbeiterInnen** auf EU-Ebene durch die Arbeit der Gewerkschaften durchgesetzt.

Es gibt keine Garantie dafür, dass diese Rechte im nationalen Recht durch die aktuelle britische Regierung beibehalten werden – sollte nach zwei Jahren kein Austrittsabkommen bestehen, sind die EU-Gesetze im Vereinigten Königreich nicht mehr gültig.

- Auch weitere Anläufe zur **Privatisierung** des in UK v.a. steuerfinanzierten Gesundheitssystems werden bereits offen diskutiert. Der drohende wirtschaftliche Einbruch und der perspektivische **Verlust an Standortqualität** insbesondere für viele multinationale Konzerne wird zu einem deutlichen **Einbruch bei den Steuereinnahmen** führen, der weit über die Summe geht, der sich aus den vermeintlichen Einsparungen des britischen EU-Mitgliedsbeitrages ergibt.

**Daher gilt es, die Austrittsverhandlungen so zu führen, dass sie nicht zulasten der BürgerInnen und der ArbeitnehmerInnen gehen.** Die EU-Kommission und die Regierungen der Mitgliedstaaten müssen sich jetzt für die Beschäftigten und ihre Familien und gegen eine weitere Polarisierung der Gesellschaften und soziale Spaltung einsetzen.

**Was muss sich aus Sicht der Gewerkschaften an der EU ändern, damit sie wieder Akzeptanz bei den BürgerInnen gewinnt?**

**Kritik** an der Europäischen Union, wie sie vielfach geäußert wird, ist durchaus berechtigt – die politische Motivation hinter Europa-Kritik ist jedoch äußerst unterschiedlich. Ein „zurück zu den Nationalstaaten“ à la Brexit, wie es auch von vielen Gruppierungen gefordert wird, **kommt für die Gewerkschaften jedenfalls nicht in Frage.**

Die Kritik muss woanders ansetzen und entsprechende Schlüsse hervorbringen. ÖGB-Präsident Foglar gibt in einer Aussendung zu verstehen: „Es stimmt natürlich, dass innerhalb der Europäischen Union **neoliberale, wirtschaftspolitische Interessen** stark im Vordergrund stehen. Nichtsdestotrotz haben die letzten Jahre auch einige sozialpolitische Verbesserungen gebracht.“

Der Status quo der Europäischen Union ist zweifelsohne nicht der beste. Die Deregulierungspolitik zur Steigerung der Umsätze führte zu einem Abbau der sozialen Sicherung. Hohe Arbeitslosenraten, insbesondere bei Jugendlichen und älteren ArbeitnehmerInnen, sinkende Reallöhne und Rück- bzw. Umbau der Sozialversicherungssysteme waren nur einige der Konsequenzen für die Menschen.

Die europäische Politik braucht einen klaren Kurswechsel, das macht das Brexit-Votum umso deutlicher. Unter dem Motto „Müssen umdenken“ ist eine offene und ehrliche Debatte über den **sozialen Zusammenhalt in Europa** dringend notwendig. Die tiefe Vertrauenskrise, in der sich die Union befindet, kann nicht durch „more of the same“ und weitere Liberalisierungen gelöst werden: Der **Mensch muss im Mittelpunkt der Politik** stehen.

- In den **europäischen Verträgen** muss eindeutig festgeschrieben werden, dass **soziale Grundrechte Vorrang vor den Marktfreiheiten** haben.
- Zur Durchsetzung dieses Prinzips braucht es ein **soziales Aktionsprogramm**. Dazu gehören etwa der **Ausbau sozialer Mindeststandards** (bspw. bei Arbeitslosenversicherungssystemen) sowie eine deutliche **Aufstockung des Europäischen Sozialfonds**.
- Aber auch fundierte **Arbeitsmarktpolitik**, Maßnahmen gegen **Arbeitslosigkeit**, Programme gegen Jugendarbeitslosigkeit – u.a. mehr Mittel für die **Ausbildungsgarantie** –, **Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping** usw. müssen offensiv angegangen werden.
- Die gerade erst beginnende Diskussion über die „**europäische Säule sozialer Rechte**“ kann der Ausgangspunkt für dieses fundamentale Umdenken sein.
- Die **Sparpolitik** seit der Krise verschärfte Ungleichheit in den Mitgliedstaaten, nachhaltige Investitionen zum Wohle der BürgerInnen wurden zurückgehalten. Diese Erkenntnis ist zwar mittlerweile auf vielen politischen Ebenen eingesickert – die entsprechenden Antworten lassen aber viel zu lange auf sich warten. Im Sinne eines Endes der Austeritätspolitik müssen **öffentliche Investitionen** rapide ansteigen.
- **Wirtschaftspolitik muss umgedacht werden**. Es sollte um eine ausgewogene, wohlstandsorientierte Wirtschaftspolitik gehen, in der eine gerechte Verteilung eine Rolle spielt und die Ausweitung der **Binnennachfrage** in den Mittelpunkt gerückt wird.
- **Steuerbetrug, Steuervermeidung und Steuersümpfe** müssen endlich offensiv bekämpft werden. Nur so kann die Verteilungsschiefelage ausgeglichen werden.